



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# Zur Geschichte der Preußischen Verwaltung im Regierungsbezirk Düsseldorf

**Bammel, Adolf**

**Düsseldorf, 1912**

17. Fach- und Fortbildungsschulen

---

---

**Nutzungsbedingungen**

[urn:nbn:de:hbz:466:1-55577](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-55577)

liche Entwicklung der Kinder infolge des Großstadtlebens benachteiligt wird, eine Bewegung zur Pflege der Leibesübungen durch Turnen, Spiel, Sport, Wandern eingesetzt. Diese von der Schulabteilung geförderten Bestrebungen haben schon heute die reichsten Früchte getragen. — Der Handarbeitsunterricht der Mädchen hat in vielen Gemeinden durch Beschaffung von Nähmaschinen eine wesentliche Förderung erfahren. Die sozialen Verhältnisse insbesondere der Bevölkerung in den Industrieorten erforderten die Einrichtung von Haushaltungsschulen, um den Mädchen in der Schule Gelegenheit zu geben, die Führung eines einfachen Haushalts zu erlernen. Besondere Aufgaben erwachsen der Schulabteilung durch die Sorge für diejenigen Kinder, die infolge abnormer geistiger Veranlagung in den allgemeinen Schuleinrichtungen nicht gefördert werden können, wenn die normal begabten zu ihrem Rechte kommen sollen. Nachhilfsstunden und Hilfsschulen dienen diesem Zwecke.

Für die Pflege und den Ausbau der Schulhygiene ist in den letzten Jahrzehnten außerordentlich viel geschehen. Korridore, Kleiderablagen, Fußbodenbelag, Aborte, Heizung, Beleuchtung, Ventilation, Schulbänke werden nach bewährten Grundsätzen der Hygiene hergestellt, helle, belichtete Zeichenäle beschafft, viele Turnhallen gebaut und geräumige und beschattete Spielplätze angelegt, die neuen Schulhäuser mit Brausebadeinrichtungen versehen. Schulärzte bewachen die gesundheitliche Entwicklung der Kinder, kranke finden in Schulzahnpflegestätten, orthopädischen Kursen, Waldschulen, Ferienkolonien, Stotterkursen angemessene Behandlung.

17. Fach- und  
Fortbildungsschulen

In den führenden Industriestädten Elberfeld und Cresfeld waren zuerst Weberschulen und, für allgemeine Vorbildung zum gewerblichen Berufe, Provinzialgewerbeschulen errichtet. Außerdem hatte Essen eine Bergschule zur beruflichen Ausbildung praktischer Bergleute. Fortbildungsschulen, zum Teil von Gewerbevereinen gegründet, bestanden ohne Schulzwang in einer geringen Zahl von Städten. Dieser bescheidene Zustand hat lange angehalten. Nachdem der Staat reichlichere Mittel für diese Zwecke zur Verfügung stellte, ist in den letzten Jahrzehnten das Fach- und Fortbildungsschulwesen mannigfaltig ausgestaltet und unter die Aufsicht eines zum Regierungs-Kollegium gehörigen (auch für den Kölner Bezirk zuständigen) Gewerbeschulrats gestellt worden. Höhere Fachschulen für Textilindustrie bestehen jetzt in Barmen, Elberfeld, Cresfeld, M.Glabbad, eine Bandwirkererschule in Ronsdorf; die Bergische Stahlindustrie hat ihre Fachschulen in Solingen und Remscheid erhalten, Wermelskirchen eine solche für die Schuh- und Schäfteindustrie. In größeren Städten sind zwei Baugewerbeschulen, drei Maschinenbauschulen, fünf Handwerker- und Kunstgewerbeschulen eingerichtet; eine Handels- und Gewerbeschule in Rheydt bereitet Mädchen für das Erwerbsleben vor (573 Tageschülerinnen im letzten Jahre). Von diesen Anstalten sind die Bau- und Maschinenbauschulen und einige andere staatlich und erhalten Gemeinbezuschüsse, andere sind umgekehrt Gemeinbeanstalten mit Staatszuschuß. Die jährlichen Aufwendungen des Staates für die Fachschulen des Regierungsbezirks belaufen sich auf rund 850 000 Mark. Tausende von Schülern erhalten im Tages- oder Abendunterricht in den Fachschulen eine Ausbildung, die ihnen eine selbständigere Ausübung ihres Berufes oder die Erlangung mittlerer Beamtenstellen im Staats- oder Privatdienste ermöglicht.

Den gewerblichen Fortbildungsschulen hat der in den meisten Gemeinden durch Ortsstatute festgesetzte Schulzwang den größten Teil der jüngeren Handwerker und Arbeiter als Schüler zugeführt, und die Ausdehnung des Tagesunterrichts hat die Anstellung von etwa 80 hauptamtlichen Fortbildungsschullehrern ermöglicht, die größtenteils den praktischen gewerblichen Berufen entnommen wurden.

An 94 gewerblichen Fortbildungsschulen werden jetzt mehr als 35 000 Fortbildungsschüler von etwa 1500 Lehrern unterrichtet; von den letzteren sind drei Viertel Berufsschüler, ein Viertel gehört den praktischen Berufen an. Dazu treten noch die kaufmännischen und die ländlichen Fortbildungsschulen. Auch das Gedeihen der Fortbildungsschulen ist von den Zuschüssen des Staates abhängig gewesen, dessen Interesse an den Bildungsfortschritten und der staatsbürgerlichen Gesinnung der hier zum Schulunterrichte verpflichteten Massen jugendlicher Arbeiter allerdings klar zutage liegt.

Das Einkommensteuergesetz von 1891 hat seinen Zweck, das steuerfähige Einkommen durch Selbsteinschätzung mehr zu der Steuer heranzuziehen, im Düsseldorfer Bezirke in reichem Maße erfüllt. Die Zahl der Steuerpflichtigen stieg von rund 145 000 im Jahre 1891 auf rund 224 400 im folgenden Jahre und betrug 776 000 im Jahre 1910. Das Steuerfoll ging in den gleichen Jahren von 5 400 000 auf 11 800 000 bzw. 34 000 000 Mark hinaus. Die Ergänzungssteuer bringt jetzt fast 5 000 000 Mark auf, gleich etwa ein Zwölftel der preußischen Gesamtsumme, und die Gewerbesteuer einen etwas höheren Betrag.

18. Steuern

Die gleich der Gewerbesteuer nicht mehr für staatliche, sondern für kommunale Zwecke nach den bisherigen Grundsätzen veranlagte Gebäudesteuer ergab bei der Veranlagung von 1910 für rund 395 000 Gebäude rund 9 375 000 Mark und läßt, im Vergleich mit der jetzt vorausgehenden Veranlagung vom Jahre 1895 (rund 263 500 Gebäude und 3 791 000 Mark), außer der beträchtlichen Zunahme der Wohngebäude auch die bedeutende Steigerung der Mietwerte in dem dazwischenliegenden Zeitraume erkennen. Die alte Grundsteuer, die sich fast nur durch den Übergang zur Gebäudesteuer ändern kann, ist demgemäß geringer veranlagt (1 488 000 Mark im Jahre 1910 gegen 1 558 000 Mark im Jahre 1865), indem sie sich auf eine geringere Fläche (477 000 ha gegen 483 000 ha im Jahre 1865) erstreckt. Die Katasterarbeiten sind durch die stetigen Änderungen der Grundstücksgrenzen, besonders die häufigen Grundstücksteilungen derart vermehrt, daß im Regierungsbezirke jetzt 44 Katasterkontrolleure (gegen 14 im Jahre 1870) angestellt sind, wie denn auch der Regierung im Jahre 1908 der dritte Katasterinspektor überwiesen werden mußte.

Neben der Aufsicht über die Krankenkassen nimmt die Regierung an der Verwaltung des Arbeiterversicherungswesens insofern teil, als drei Regierungsräte ausschließlich und zwei im Nebenamte die Streitfachen des Düsseldorfer Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung zu entscheiden haben.

19. Schiedsgericht

Am Schlusse dieser Auslese soll noch an die freundlichen Beziehungen erinnert werden, welche von jeher durch das Kuratorium der Kunstakademie die Regierung mit der Düsseldorfer Kunstwelt verknüpft haben. Die Geschäfte des Kuratoriums erlangten fast politische Wichtigkeit, als im preußisch-bairischen Friedensvertrage von 1866 die Entscheidung der alten Streitfrage, ob die 1805 nach München überführte Düsseldorfer

20. Kunst